

Zu diesem Heft – Universalismus und Demokratie

Ach, Europa! Dass es um dich nicht allzu gut bestellt ist, beobachten wir schon lange. Bankenkrise, Euro-Krise, Brexit, das Erstarken des Rechtspopulismus – deine Fragilität und Krisenanfälligkeit, deren Ursprünge weit zurückreichen, wenn nicht gar, konstruktionsbedingt, in deinen Anfängen liegen, hat uns niemand so eindrücklich vor Augen geführt wie Jürgen Habermas, der in seinen hellsichtigen Analysen und Meinungsbeiträgen nicht nur ihren Ursachen und Bedingungen auf den Grund geht, sondern auch eine klare Vorstellung von den Auswegen daraus skizziert. Dabei hält er bis heute am politischen Universalismus eines gemeinsamen europäischen Projekts fest und zeigt sich in Debatten mit Kolleg*innen und Intellektuellen, die das anders sehen und eine Rückkehr zum Nationalstaat als primärer Quelle gemeinschaftlicher Solidarität fordern, unermüdlich in der Verteidigung *europäischer* Solidarität. Die zahlreichen Essays und Widmungen zu seinem 90. Geburtstag, die im Juni zu lesen waren, zeugen von der Größe und dem Einfluss eines Philosophen, der sich ohne Unterlass nicht nur weit über die Grenzen seines Fachs hinaus einen Namen gemacht hat, sondern auch als politischer Intellektueller in öffentliche Debatten der Bundesrepublik interveniert und diese mitprägt. Bewundert wird er nicht nur für seine »ruhelose Intellektualität« und »synthetisierende Kraft des Denkens«, sondern auch und vor allem für seinen »jung gebliebene[n] Wille[n], in allem, was theoretisch verfügbar ist, die Spuren einer sich in der Geschichte entfaltenden Vernunft der intersubjektiven Verständigung offenzulegen«.¹

Doch Größe stößt bekanntlich nicht nur auf Lob und Bewunderung, sondern ruft auch Skepsis und Einwände hervor. So waren unter den Jubiläumsgrüßen auch kritische Stimmen zu vernehmen, die sich daran stören, dass Habermas' Gedankengebäude zur »Hyperrationalität«² neige und die »konstitutive, entscheidende und zerstörerische Rolle von Gefühlen in der kommunikativen Vernunft«³ ausblende. Andere halten die Vorstellung eines herrschaftsfreien Diskurses für ein »Unding«,⁴ weil sie mit der gegenwärtigen politischen Realität, in der vielmehr Dissens, Verhärtung und Ideologie dominierten, nicht im Entferntesten etwas zu tun

1 Axel Honneth 2019. »Ein Spurenleser«, in *DIE ZEIT* 25 vom 13. Juni 2019, S. 38.

2 Ivan Krastev 2019. »Habe ihn nie zitiert«, in *DIE ZEIT* 25 vom 13. Juni 2019, S. 41.

3 Eva Illouz 2019. »Allzu nüchterne Stimme der Vernunft«, in *DIE ZEIT* 25 vom 13. Juni 2019, S. 36.

4 Raymond Geuss 2019. »Eine Republik der Diskussion«, in *Soziopolis* vom 18. Juni 2019. www.sozio.polis.de/erinnern/jubilaeen/artikel/eine-republik-der-diskussion/ (Zugriff vom 23.07.2019).

habe.⁵ Habermas' Schriften wurden immer wieder dafür kritisiert, die Rolle der kommunikativen Vernunft zu überschätzen. Bei seiner Diskurs- und Demokratietheorie, so der Vorwurf, handle es sich um ein normatives Projekt im Namen des bürgerlich-liberalen Rechtsstaats, das sein gesellschaftskritisches Potenzial eingebüßt habe.

Unser Autor *Martin Saar* setzt dieser einseitigen Sichtweise in seinem Geburtstagsessay eine alternative Lesart entgegen, die die Mehrdeutigkeit, Prozessualität und Offenheit von Habermas' philosophischen Analysen betont. Habermas etabliere keine »eindeutige ursprüngliche Norm«, sondern argumentiere »für ein kritisch-normatives Geschehen, das eine Prozessualität besitzt, deren Ausgang selbst nicht abzusehen ist«. Indem er die Kraft *und* die Fragilität des Rationalen benenne, trage er sowohl seinen Ermächtigungs- und Freiheitspotenzialen *als auch* seiner Tendenz zu Ohnmacht und Unterdrückung Rechnung.

Auch *Hauke Brunkhorst* widmet dem Jubilar einen Beitrag, der eine originelle Analyse der Finanzkrise von 2008 ist, sich aber ebenso als starkes Plädoyer für den demokratischen Universalismus Habermas'scher Prägung lesen lässt. Den Höhepunkt universalistischen Denkens verortet der Autor in der Phase des »progressiven Reformismus« in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, der den Klassenkampf gebändigt, den Arbeiterinnen und Arbeitern weitgehende Rechte zugesichert und dem Kapitalismus damit ein soziales Antlitz verliehen habe. Unterstützt von den Prämissen der funktionalistischen Evolutionstheorie sei dieser zu Beginn der 1980er Jahre in einen »regressiven Reformismus« umgeschlagen, der die kapitalistischen Produktionsverhältnisse wie Naturgesetze behandelt, steuernde Eingriffe untersagt und damit unausweichlich in die Krise geführt habe. Ohne Hoffnung ist der Autor dennoch nicht: Ausgerechnet im Handeln des damaligen Fed-Präsidenten und neo-liberalen Wegbereiters Ben Bernanke, der die amerikanische Zentralbank zum Kreditgeber letzter Instanz erklärte, sieht er einen Akt globaler Solidarität, in dem sich die Hoffnung auf moralischen Fortschritt – zumindest kurzfristig – in gesellschaftliche Wirklichkeit verwandelt habe.

Die Geschichte der modernen Demokratie ist eine Geschichte langwieriger und bis heute andauernder sozialer Kämpfe, die das Ziel verfolgen, eine zunehmend universale Teilhabe an der politischen Willensbildung zu ermöglichen, eine Teilhabe also, die unabhängig von Herkunft, Klasse, Ethnie und Hautfarbe sowie des Geschlechts gewährleistet werden soll. Die »Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte« im Zuge der Französischen Revolution wurde daher nicht ausschließlich als Errungenschaft gefeiert, sondern auch dafür kritisiert, dass es sich in Wahrheit um eine Erklärung der Männerrechte handelte, die Frauen von der politischen Mitbe-

5 Habermas selbst sieht sich angesichts dieses immer wieder geäußerten Einwands missverstanden. Er will die Realität nicht am Ideal einer herrschaftsfreien Sprechsituation messen. Vielmehr versteht er darunter die pragmatischen Bedingungen, die Akteure unterstellen müssen, damit sie sich überhaupt auf einen argumentativen Austausch einlassen. Sie müssen diese Idealisierung vor jedem Diskurs zumindest implizit vornehmen, sonst käme er nicht zustande (vgl. »Interview with Jürgen Habermas«, in Andre Bächtiger; John S. Dryzek; Jane Mansbridge; Mark Warren 2018. *The Oxford Handbook of Deliberative Democracy*. Oxford: Oxford University Press, S. 1–3).

stimmung ausschloss. Olympe de Gouges, die dies als eine der ersten Frauenrechtlerinnen anprangerte und sich weigerte, eine Regierung anzuerkennen, die Frauen keine politischen Rechte gab, landete dafür am 3. November 1793 unter der Guillotine. In ihrem Todesurteil hieß es: »Olympe de Gouges, die mit ihrer exaltierten Vorstellungskraft geboren war, hielt ihr Delirium für eine Inspiration der Natur. Ein Staatsmann wollte sie sein, und das Gesetz hat die Verschwörerin dafür bestraft, dass sie die Tugenden vergaß, die ihrem Geschlecht geziemen.«⁶ Über 200 Jahre sind seitdem vergangen, und Frauenbewegungen auf der ganzen Welt konnten wesentliche Erfolge auf dem Weg zur Gleichberechtigung der Geschlechter erzielen – hierzulande zum Beispiel mit der Einführung des Wahlrechts 1919 oder dem Gleichberechtigungsartikel im Grundgesetz. Dennoch ist es unumstritten, dass der Kampf noch nicht ausgefochten ist, denn zwischen formaler und faktischer Gleichberechtigung klappt in den meisten gesellschaftlichen Bereichen weiterhin eine eklatante Lücke. Im Bundestag ist der Frauenanteil zuletzt sogar wieder gesunken (auf 30,9 Prozent), nachdem er 2013 seinen bisherigen Höchststand von 36,3 Prozent erreichte. Hier, in der politischen Sphäre, geht es nicht nur um Gleichberechtigung, sondern auch um Fragen der politischen Repräsentation und gesellschaftlichen Gestaltbarkeit: Wer kann oder darf für wen sprechen? Welche Auswirkungen hat es für Frauen in unserer Gesellschaft und deren Anliegen, wenn sie im Parlament unterrepräsentiert sind? Diesen Fragen geht *Marina Martinez Mateo* in ihrem Beitrag nach. Unter Bezugnahme auf klassische Repräsentationstheorien – oder genauer: auf das, was diese unfreiwillig leisten – entwickelt sie eine Theorie feministischer Repräsentation, mit der sie die identitätspolitischen Fallstricke feministischer Repräsentationskritiken überwindet und zeigen kann, dass Frauenquoten in der Politik mitnichten so undemokratisch und antiliberal sind, wie sie häufig dargestellt werden,⁷ und dass es durchaus legitim ist, sich auch als Mann für die Rechte von Frauen einzusetzen.

Die Frage nach dem Verhältnis von Demokratie und Menschenrechten ist derzeit nirgendwo virulenter als an den Grenzen von Nationalstaaten und vor den Toren der Europäischen Union. Im Mittelmeer ertrinken immer noch Menschen, wobei sich die Situation laut UNHCR sogar verschärft hat. Zwischen Libyen und Italien kommt fast jeder sechste Migrant ums Leben. Die Gefahr zu sterben ist damit bei-

6 *Terre des femmes* vom 30. Juli 2010. www.frauenrechte.de/index.php/themen-und-aktionen/eine-welt/frauenrechte-weltweit/507-geschichte-frauenrechte-sind-menschenrechte-marie-olymp-de-gouges- (Zugriff vom 23.07.2019).

7 So schreibt etwa Reinhard Müller in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* als Reaktion auf Angela Merkels Idee, den Frauenanteil im Bundestag durch Quoten zu erhöhen: »Das Ziel, das Parlament auf einen Frauenanteil von fünfzig Prozent zu bringen, ist weder der DDR noch Nordkorea eingefallen. Aber dort gehört eine solche Idee eigentlich hin.« Weiter heißt es: »Quoten, gar die Vorgabe einer Parität in Parlamenten, verstoßen gegen grundlegende demokratische Grundsätze.« (Reinhard Müller 2018. »Wider die Demokratie«, in *Faz.net* vom 12. November 2018. www.faz.net/aktuell/politik/inland/frauenanteil-politik-angela-merkel-fuer-mehr-frauen-im-parlament-15887307.html; Zugriff vom 23.07.2019).

nahe fünfmal so hoch wie im vergangenen Jahr.⁸ Rückblende: Im Spätherbst 2014 feierte Deutschland das 25-jährige Jubiläum des Mauerfalls. Zur gleichen Zeit wurde im Mittelmeer die staatliche Seenotrettung massiv zurückgefahren. Dass dort Boote voller Menschen ihrem Schicksal überlassen werden, während man hierzulande den Opfern der tödlichen Grenze zwischen West- und Ostdeutschland gedenkt, konnten Matthias Kuhnt und Harald Höppner, die in den 1970er Jahren in der DDR geboren und nahe der Mauer aufgewachsen sind, nicht auf sich beruhen lassen. Sie gründeten *Seawatch*, um den Menschen im Mittelmeer zu helfen. Doch ihr Engagement bringt ihnen nicht nur Lob ein. Im Gegenteil, seit einiger Zeit müssen sie mit ansehen, wie sie und ihre Mitstreiter*innen in zunehmendem Maße kriminalisiert, verspottet und gehasst werden.⁹ Wie kann das sein auf einem Kontinent, der sich nach den nationalsozialistischen Verbrechen den Menschenrechten und ihrer verfassungsrechtlichen Verankerung im Grundgesetz verschrieben hat? Unserem Autor *Victor Kempf* zufolge lässt sich diese Verrohung nicht einfach durch eine antidemokratische Grundhaltung erklären, die dem rechtspopulistischen Begehren nach kultureller Homogenität angeblich zugrunde liegt. Vielmehr stecke dahinter ein ganz bestimmtes, komunitäres Demokratieverständnis, welches Demokratie vom Universalismus der Menschenrechte entkopple und letztere dem Willen des nationalen Demos unterordne. Einen Ausweg daraus sieht er in der radikalen Demokratietheorie und einer »Politik der Menschenrechte«, die den Kampf der »Anteillosen« um gleiche Rechte jenseits partikularer, politischer Zugehörigkeiten in den Mittelpunkt stellt und Demokratie aus den Menschenrechten heraus begründet, anstatt beide voneinander zu trennen. Um diesen Kampf nicht an den Aufmerksamkeitsbarrikaden nationaler Gemeinschaften zerschellen zu lassen, hält es der Autor für notwendig, die Parallelen von Klassismus und Rassismus zu erkennen. In den strukturell analogen Exklusionserfahrungen einheimischer Prekarisierter und Geflüchteter bzw. Zugewanderter liege das Potenzial für eine universalistische Demokratie postidentitärer Prägung.

Emanzipatorische Kämpfe gibt es nicht erst seit der Französischen Revolution. Während des Englischen Bürgerkriegs im 17. Jahrhundert etwa forderte die frühdemokratische politische Bewegung der Levellers neben der Abschaffung der Monarchie, des Oberhauses (»House of Lords«), der Adelsprivilegien und der Zensur auch die Einführung allgemeiner und gleicher Wahlen.¹⁰ Mit ihrer Vision einer demokratischen und freien Gesellschaft standen sie in Opposition zu den Royalisten, die die Königsherrschaft als eine von Gott gewollte verteidigten. Um ihre Vorstellungen einer legitimen Gesellschaftsordnung im Konflikt um Deutungsmacht

8 Vgl. Jörg Seisselberg 2019. »Mittelmeerroute so gefährlich wie nie«, in *tagesschau.de* vom 19. Juni 2019. www.tagesschau.de/ausland/fluechtlingsroute-unhcr-101.html (Zugriff vom 23.07.2019).

9 Vgl. Oliver Meiler; Renate Meinhof 2019. »Auf eigene Faust«, in *Süddeutsche Zeitung* vom 16. Juli 2019, S. 3.

10 Ausgeschlossen wurden auch hier Frauen sowie Almosenempfänger, Bedienstete (darunter Lohnarbeiter) und Verbrecher (vgl. C.B. Macpherson 1980. *Die politische Theorie des Besitzindividualismus*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 150).

durchzusetzen, bedienten sich beide Positionen jeweils unterschiedlicher politischer Mythen, deren Bedeutung und Funktionen *Joshua Folkerts* in seinem Beitrag herausarbeitet. Zur Verwirklichung ihrer emanzipatorischen Ziele griffen die liberalen Levellers auf den Mythos des normannischen Jochs zurück, der es ihnen ermöglichte, eine alternative, demokratische Zukunft zu projizieren.

Dass Jürgen Habermas zu den Großen unter den Denkern zählt, ist unbestritten. Mit der Frage nach der Größe eines anderen bedeutsamen Denkers befasst sich *Heinz D. Kurz* in seinem Essay über Joseph Schumpeter. Er wirft Schlaglichter auf dessen Werk und vergleicht es mit den Ideen von Smith, Ricardo, Marx, von Böhm-Bawerk, Walras und Keynes – Autoren, mit denen sich Schumpeter selbst intensiv auseinandergesetzt hat und die die einflussreichsten Richtungen der Wirtschaftstheorie repräsentieren.

Claudia Czingon